

Als knapp zwei Drittel der SPD-Mitglieder im März des vergangenen Jahres ihre Zustimmung zu einem erneuten Eintreten in eine Große Koalition mit CDU und CSU gaben, taten sie das unter dem Eindruck des Jamaika-Debakels und auf der Grundlage eines Koalitionsvertrages, mit dem sie dank vieler Verhandlungserfolge konkrete Hoffnungen verbanden und mit der im Koalitionsvertrag festgehaltenen Vereinbarung, dass zur Mitte der Legislaturperiode eine Bestandsaufnahme des Koalitionsvertrages erfolgen wird. Diese ermöglicht zu prüfen, inwieweit der Koalitionsvertrag bereits umgesetzt wurde oder aufgrund aktueller Entwicklungen neue Vorhaben vereinbart werden müssten.

Im gestrigen Koalitionsausschuss (18. August 2019) wurde vereinbart, dass die bilanzierende Bestandsaufnahme nun gemeinsam erarbeitet und den Regierungsparteien bis spätestens Mitte Oktober dieses Jahres zur Beratung zu geleitet wird.

Auf der Grundlage des Beschlusses des Präsidiums vom 24.06.2019 wird ein erweitertes SPD-Präsidium mit Vertretern aus den Landesverbänden und Bezirken, den Arbeitsgemeinschaften und aus der Bundestagsfraktion die Bestandsaufnahme – auch unter Einbeziehung der Unterbezirke – beraten und die Ergebnisse dem Parteivorstand vorlegen.

Bei der Bewertung der Bilanz geht es nicht nur um einzelne Maßnahmen, sondern um die Frage, ob wir in der Summe zu mehr Zusammenhalt unserer Gesellschaft beitragen können. Ob wir die Fliehkräfte der Ungleichheit bremsen und die Mitte der Gesellschaft stabilisieren, kleine und mittlere Einkommen stärken und Vermögende verstärkt in die Pflicht für den Zusammenhalt nehmen können. Ob wir die Digitalisierung, den Kampf gegen den Klimawandel und den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft menschlich und sozial gerecht gestalten können. Ob das Zusammenleben durch bessere öffentliche Güter erleichtert wird, damit alle die Chance auf ein selbstbestimmtes und sicheres Leben bekommen.

Für die SPD ist klar: Das abschließende Wort haben die Delegierten des ordentlichen Bundesparteitages im Dezember dieses Jahres in Berlin, so beschlossen auf unserem letztjährigen Parteitag in Bonn. Der Bundesparteitag wird darüber hinaus über die inhaltliche und organisatorische Erneuerung beraten und beschließen.